

Beschluss Restriktive Bezahlkarte verhindern!

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 30.06.2024
Tagesordnungspunkt: 9. Verschiedenes

Antragstext

1 Der Landesverband NRW von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

- 2 • lehnt die Einführung einer restriktiven Bezahlkarte für Geflüchtete und
3 andere Empfänger*innen von Sozialleistungen ab
- 4 • Setzt sich für eine Bezahlkarte ein, die den Standards einer Girokarte
5 entspricht
- 6 • setzt sich für gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten ein, damit eine
7 Integration in die Gesellschaft gelingen kann.

8 Dafür ist es erforderlich Geflüchteten möglichst schnell Teilhabe am
9 gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Die Einführung einer restriktiven
10 Bezahlkarte würde die Teilhabe von Geflüchteten weiter einschränken: So ist
11 beispielsweise Bargeld häufig Voraussetzung für die Nutzung von Flohmärkten und
12 Gebrauchtmarttplattformen sowie öffentlichen Toiletten, den Fahrkartenkauf im
13 ÖPNV, die Teilnahme an Schulaktivitäten, die Bezahlung eines anwaltlichen
14 Beratungsscheins und vielem mehr. Andererseits sind auch Überweisungen häufig
15 Voraussetzung für Dauerschuldverträge wie Telefonverträge, sodass den
16 Betroffenen wesentliche Kommunikationskanäle fehlen. Alle diese Möglichkeiten
17 müssen für Geflüchtete weiterhin offenstehen. Um die Verwaltungen des Landes und
18 der Kommunen zu entlasten, sollte es Kommunen auch zukünftig offenstehen, bei
19 Bedarf
20 über Girokonten auszusahlen.

21 In Deutschland und Nordrhein-Westfalen ist Einwanderung nicht nur gelebte
22 Realität seit mehreren Jahrzehnten. Wir sind zugleich auf Einwanderung
23 angewiesen. Für uns steht Integration, Teilhabe und gesellschaftlicher
24 Zusammenhalt im Mittelpunkt – sowohl für hier lebende als auch für ankommende
25 Menschen. Deshalb stellen wir uns in ganz NRW, im Land und in den Kommunen gegen
26 eine restriktive Bezahlkarte!